

Der Islam im deutschen Mediendiskurs: Grenzziehungen und Fremdheitskonstruktionen am Beispiel der Wulff-Debatte 2010

Maximilian Breger

Beitrag zur Veranstaltung »Mechanismen sozialer Schließung im Zusammenhang von Religion, weltweiter Migration und Flucht«

„Zu allererst brauchen wir aber eine klare Haltung. Ein Verständnis von Deutschland, das Zugehörigkeit nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben verengt, sondern breiter angelegt ist. Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlichjüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ (Wulff 2010)

Diese Worte sprach der damalige Bundespräsident Christian Wulff während seiner Rede am 3. Oktober 2010 im Rahmen der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit in Bremen. Sie waren Ausgangspunkt und Bezug einer mitunter heftig geführten öffentlichen Debatte in Politik und Medien. Der Satz „der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“ wurde zum entscheidenden Streitpunkt. Auf der einen Seite wurde eine Differenz zwischen ‚Deutschland‘ und ‚Islam‘ behauptet. Demgegenüber standen Interpretationen des Satzes als simple Zustandsbeschreibung, die man nicht widerlegen könne. Vor dem Hintergrund der Frage nach der Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland wurde in den deutschen Massenmedien darüber diskutiert, was ‚deutsche‘ oder ‚Islamische‘ Kultur sei, aber auch, ob es nicht den Kritikern der Rede in Wirklichkeit gar nicht um den Islam, sondern um ihre eigenen Identitätsprobleme gehe. Bei dieser bis Ende Oktober 2010 andauernden Diskussion über Fragen der Zugehörigkeit zu der kollektiven Identität ‚deutsch‘ traten bestimmte diskursive Strategien der Grenzziehung und Fremdheitskonstruktion gegenüber dem Islam zutage. Denn jede kollektive Identität macht einen „Anspruch auf eine Zugehörigkeit geltend und schließt gleichzeitig andere von dieser Zugehörigkeit aus“ (Hahn 1997: 117). Der Debatte voraus geht eine Verschränkung von Islam mit Integrationsdiskursen auf den Diskursebenen Politik, Medien und Wissenschaft, in der Fragen der Integration vornehmlich als Fragen des Islam behandelt werden. Die Rede kann dabei als ein wichtiges *diskursives Ereignis* (Siegfried Jäger) betrachtet werden, auf das seitdem im öffentlichen Diskurs um die Rolle des Islam in Deutschland positiv wie negativ Bezug genommen wird.¹

Im Folgenden wird das methodische Vorgehen der zugrunde gelegten Untersuchung erläutert, wichtige Merkmale des medialen Islambildes genannt und die Rede Wulffs in den Rahmen des deut-

¹ Jäger versteht unter diesem Begriff Ereignisse, „die (vor allem medial und politisch) besonders herausgestellt werden und als solche Ereignisse die Richtung und die Qualität des Diskursstrangs, zu dem sie gehören, und auch andere Diskurse, grundlegend beeinflussen“ (Jäger 2007: 27).

schen Islamdiskurses eingeordnet. Schließlich sollen anhand eines Beispiels aus dem untersuchten Material eine typische Argumentationsstrategie der Grenzziehung dargestellt und die *Phänomenstruktur* (Rainer Keller) der untersuchten Debatte rekonstruiert werden.

Methodisches Vorgehen

Die Untersuchung orientierte sich an den an Michael Foucaults Diskursbegriff anschließenden methodischen Überlegungen zur Wissenssoziologischen Diskursanalyse (Keller 2011) und Kritischen Diskursanalyse (Jäger 2010). Die Diskursanalyse hat die Aufgabe, Diskurse „als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1997: 74). Empirisch ist ein Diskurs als eine Kette von Aussagen zu verstehen (die ‚Atome‘ des Diskurses), die zu einem bestimmten gesellschaftlichen Thema gemacht werden (können). Die Diskursanalyse interessiert weniger solche einzelnen Aussageereignisse bzw. „Diskursfragmente“ (Jäger 2010: 108) als für sich stehend, zum Beispiel ein Text. Ziel der Analyse ist es, den Aussagen zugrundeliegende Regelmäßigkeiten und transportierte Codes für Deutungs- und Handlungsmuster zu identifizieren, mit denen spezifische Wirklichkeitskonzepte einhergehen.

Die Untersuchung bezieht sich auf die als Leitmedien geltenden Zeitungen *Bild*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), *Süddeutsche Zeitung* (SZ), *Die Tageszeitung* (TAZ), *Die Welt* sowie dem Magazin *Focus*.² Zudem sind mit *Junge Freiheit*, *Junge Welt* und *Jungle World* drei Zeitungen Teil der Untersuchung, die den politischen ‚Rändern‘ zuzuordnen sind. Die Hinzunahme dieser trotz geringerer gesellschaftlicher Relevanz diente der Kontrastierung und zur Ermittlung der Bandbreite des Diskurses.

Es wurden alle Artikel der jeweiligen Printversionen aus dem Zeitraum vom 04. bis 31. Oktober 2010 in das Datenkorpus aufgenommen, soweit sie sich mit den Themen Islam in Deutschland, Integration und/oder der Rede Christian Wulffs zum Jahrestag der Deutschen Einheit beschäftigen. Dieses umfasst insgesamt 181 Artikel. Die Begrenzung des Untersuchungszeitraums ergab sich aus einem ersten gewonnenen Überblick über den Verlauf des Diskursstranges. Er zeigte, dass sich zum Ende Oktober 2010 die Berichterstattung über die Diskussion um jene Rede abflachte sowie die Themen Integration und Islam immer weniger in Bezug auf dieselbe behandelt wurden. Die Analyse der Daten im engeren Sinne bestand aus der Feinanalyse einzelner Artikel. Es wurden vier Kommentare ausgewählt, die zum Höhepunkt der Debatte erschienen sind und unmittelbar zu der Aussage ‚der Islam gehört zu Deutschland‘ Stellung beziehen. Auf Basis der ersten oberflächlichen Interpretation der Texte wurden Artikel mit möglichst hohem Kontrast ausgewählt, die aufgrund des geschaffenen Überblicks als typisch angenommene Aussagen und Argumentationsmuster enthielten. Die Feinanalyse identifizierte die sprachlichen Mittel, die im Diskurs die Zugehörigkeit des Islam verhandeln.

Nach Abschluss der Feinanalysen wurde auf Basis der Ergebnisse die Phänomenstruktur des Diskursstranges rekonstruiert. Den Begriff schlägt Keller für die Analyse diskursiv erzeugter Wissensordnungen vor (Keller 2011: 248ff.). Mit ihm meint er in Anschluss an den Begriff der ‚Aspektstruktur‘ von Karl Mannheim die Art und Weise, wie ein Thema, diskursiv konstituiert wird. Die Analyse identifiziert die unterschiedlichen Dimensionen des Themas bzw. des Problems eines Diskursstranges, in diesem Fall die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland. Die in den einzelnen Diskursfragmenten enthaltenen

² Der Spiegel beteiligte sich erstaunlicher Weise mit Ausnahme eines Artikels nicht an der Diskussion und wurde daher nicht in die Untersuchung aufgenommen.

Aussagen werden nach „Benennung von Merkmalen, kausalen Zusammenhängen [...] Wertimplikationen, moralischen und ästhetischen Wertungen, Folgen, Handlungsmöglichkeiten unter anderem“ (Keller 2011: 248) untersucht und strukturiert.

Abschließend wurden diese systematisierten Ergebnisse auf die Breite des Datenkorpus bezogen. Im Sinne des *theoretical sampling* der *grounded theory* wurden die anderen Diskursfragmente nach Ergänzungen der Phänomenstruktur durchsucht bis keine neuen Erkenntnisse mehr zutage traten und somit die Wissensordnung des Diskursstranges in den untersuchten Printmedien weitgehend erfasst war.

Merkmale des Islambildes deutscher Medien

Zahlreiche Untersuchungen zu Islam in den westlichen Medien kommen zu dem Schluss, dass dieser zumeist in Zusammenhang mit Negativthemen wie Gewalt behandelt wird. In Bezug auf die deutschen Medien hat sich vor allem Kai Hafez (2002a; 2002b) hervorgetan, der schon 1997 konstatierte, dass in deutschen Pressemedien der „Islam mit repressiven, modernitäts- und frauenfeindlichen Anschauungen gleichgesetzt“ (Hafez 1997) werde. Weitere wichtige Beiträge stammen von Sabine Schiffer (2005), Dirk Halm (2008) und Tim Karis (2013). Zumeist erfolgt die Thematisierung des Islams in den Massenmedien in Zusammenhang mit politischen Ereignissen, denen große mediale Aufmerksamkeit beigegeben werden (Hafez 2002: S.93). Die Iranische Revolution 1979 ist dabei als Ausgangspunkt für das mediale Interesse am Thema ‚Islam‘ zu sehen (Hafez 2009: 102). Weitere solcher Ereignisse waren die ‚Rushdie-Affäre‘ 1988 (Hafez 1996), die Terroranschläge in New York und Washington am 11. September 2001 (Hafez, Richter 2007), der ‚Karikaturenstreit‘ 2005/2006 um die dänische Zeitung *Jyllands Posten* (Ata 2011) oder jüngst die Anschläge auf *Charlie Hebdo* 2015 (Hergouth 2016).

Die Literatur ist sich im wesentlichen darüber einig, dass bei der Berichterstattung der deutschen Medien zumindest eine Tendenz zur negativer Stereotypisierung festzustellen ist.³ Besonders deutlich wird dies bei Schiffer (2005). Durch sprachliche und bildliche Mittel werde auf Basis einzelner Ereignisse oder Bestandteile des Islam nach dem Pars-pro-toto Prinzip der Islam als Ganzes mit einer Nähe zu Gewalt und Extremismus, Demokratieförderung, Rückständigkeit sowie Modernitäts- und Frauenfeindlichkeit verbunden. Abweichungen von diesen Stereotypen werden häufig als Ausnahmen deklariert (Schiffer 2005). Zugrunde liegt nicht selten eine kategorische Unterscheidung zwischen einer eigenen und zivilisatorisch überlegenden ‚westlichen Welt‘ einerseits und einer fremden ‚islamischen Welt‘ andererseits (Said 1981; Said 1997) als negative Spiegelung zur eigenen westlichen kulturellen Identität erscheint. Dabei wird auch eine potentielle Konflikthaftigkeit dieser beiden Welten, beispielsweise durch Verwendung der Metapher ‚Kampf der Kulturen‘ in Anschluss an Huntington (2002), unterstellt (Ata 2011). Wegen diesen wiederkehrenden Merkmalen der Thematisierung wird den Medien die Konstruktion eines Feindbildes ‚Islam‘ vorgeworfen (beispielsweise Hafez 1996; Hafez 2009). Karis betont am Beispiel von Narrativen in den *Tagesthemen*, dass mit der Diagnose der Feindbildkonstruktion in der Medienforschung nicht die Ambivalenzen des medialen Islamdiskurses und seine Wissensordnung in den Blick geraten (Karis 2013). Auch der hier untersuchte Diskursstrang zeigt nicht eine prinzipielle Feindbildkonstruktion, wohl aber finden sich bei der Streitfrage um die Zugehörigkeit des Islams zu

³ Für einen umfangreichen Überblick über die Medienforschung vgl. Karis 2013: 20ff.

Deutschland Narrative, Metaphern und andere Elemente aus dem Islamdiskurs. Ebenso wurde jedoch Islamfeindlichkeit von Medien problematisiert.

Verschränkung von Integrations- und Islamdiskurs

Besonders relevant für den hier untersuchten Diskursstrang ist die Verschränkung von Integrations- und Islamdiskurs in den Bereichen Politik, Medien und Wissenschaft, in deren Folge Probleme der Integration vorrangig als Probleme des Islams behandelt werden (Spielhaus 2010). Dieser Verschränkung voraus geht eine Kulturalisierung des Integrationsdiskurses durch die Leitkulturdebatte, in dem die Zugehörigkeit zur nationalen Identität zunehmend von einer kulturellen Teilhabe im Rahmen einer europäischen oder westlichen Identität basierend auf den Werten der Aufklärung abhängig gemacht wurde (Pautz, 2005; Göktürk et al. 2011). Spätestens nach den Anschlägen vom 11. September 2001 findet die diskursive Verbindung von Islam mit Terrorismus und Gefahr Eingang in die Integrationsdebatte.

Dabei werden Muslime primär als Migranten und Migrantinnen (aus islamischen Ländern) und deren Nachfahren als Muslime adressiert. Eine solche Verwendung der Kategorie ‚muslimisch‘ kann als neoethnisch bezeichnet werden (Roy 2006: 129ff.). Der Begriff verweist auf eine Fremdzuschreibung als homogene Gruppe, die sich durch eine vermeintlich gemeinsame kulturelle Herkunft, nämlich die islamische Welt, definiert. Mit ihm kann deutlich gemacht werden, dass ‚Muslim‘ im ähnlichen Sinne wie die ethnische Kategorie ‚Migrant‘ benutzt wird und tatsächliche Religiosität oder kulturelle Unterschiede innerhalb der konstruierten Gruppe unbeachtet bleiben.

Die Rede Wulffs im Kontext des deutschen Islamdiskurses

Die Rede Wulffs am 3. Oktober 2010 ist Teil dieser ‚islamisierten‘ Integrationsdebatte. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wieso die eingangs zitierten Aussagen Wulffs zum Streitpunkt einer Debatte werden konnten. Durch die Forderung, Zugehörigkeit „nicht auf einen Pass, eine Familiengeschichte oder einen Glauben“ zu verengen, gibt Wulff eine Absage an drei mögliche Definitionen von Zugehörigkeit zu der kollektiven Identität ‚deutsch‘: Weder die Staatsangehörigkeit, noch das ‚Blut‘, also ethnische-nationale Zugehörigkeit im primordialistischen Sinne, oder eine (kulturell-)religiöse Zugehörigkeit sollen entscheidend sein. Zwar stehen die Aussagen einerseits in Kontinuität mit dem Verlauf des Integrationsdiskurses. So setzt Wulff mit der Absage an eine durch familiäre Abstammung definierte nationale Zugehörigkeit eine Entwicklung fort, die mit der Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes aus dem Jahr 2000 begann, und behandelt die Fragen der Integration als Fragen des Islams. Andererseits verortet er den Islam explizit im Bereich des ‚Eigenen‘ und steht damit in Diskontinuität mit dem Fremdheitscharakter, der dem Islam in den Islamdiskursen häufig zugeschrieben wird.

Zum Zeitpunkt der Rede prägte das Thema Integration die öffentliche Debatte. Sie schloss unmittelbar an die heftige öffentliche Diskussion um das Buch „Deutschland schafft sich ab“ (Sarrazin 2010) von Thilo Sarrazin an, und ist zum Teil als Reaktion auf diese zu verstehen. Für die anschließende Kritik an der Rede und das Entstehen des Diskursstranges insgesamt ist zudem ihr institutionell-ritueller Kontext bedeutsam: Es war der wichtigste Nationalfeiertag der Bundesrepublik, in dessen Rahmen der Islam von dem Staatsoberhaupt als zugehörig definiert wurde.

Zunächst wurde die Rede in Medien und Politik positiv aufgenommen. Kritik an Wulffs Rede erschien ab dem 5. Oktober in den untersuchten Printmedien. Behandelt wurden darin die Stellungen verschiedener CDU- und CSU-Politiker wie Horst Seehofer, Hans-Peter Friedrich und Volker Kauder, die die kulturelle Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland in Frage stellten, während Politiker/-innen anderer Parteien Wulff in Schutz nahmen. Ab Mitte Oktober rückten schließlich zunehmend Fragen einer möglichen Verschärfung der Einwanderungs- und Integrationspolitik in den Vordergrund.

In Bezug auf die Frage der Zugehörigkeit des Islam ist in den untersuchten Printmedien eine deutliche Polarisierung entlang des politischen ‚Links-Rechts‘-Schemas festzustellen. In allen Leitmedien der deutschen Presse, die tendenziell als ‚konservativ‘ bzw. eher ‚rechts‘ eingestuft werden (FAZ, die Welt, Bild, Focus) gibt es ein deutliches Übergewicht an normativen Beiträgen, die die Aussagen des damaligen Präsidenten kritisieren und die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland verneinen. Bei den politisch eher ‚links‘ bzw. ‚linksliberal‘ ausgerichteten Leitmedien (SZ, TAZ) hingegen wurden die Aussagen Wulffs zustimmend aufgenommen. Die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland wurde zumeist als selbstverständliche Tatsache bejaht und die Kritiker der Rede Wulffs ihrerseits kritisiert. Als einziges Leitmedium, das nicht eindeutig zu einer der beiden Reaktionen tendiert, entspricht die Wochenzeitung *Die Zeit* ihrem politischen Profil als Medium der intellektuellen und liberalen ‚Mitte‘, das unterschiedliche Standpunkte zu Wort kommen lässt.

Andreas Langenohl und Valentin Rauer untersuchen einem Artikel unter anderem auch diesen Diskursstrang (Rauer, Langenohl 2011). Die Rede und die umstrittene Aussage zur Zugehörigkeit des Islam deuten sie als Versuch „der Kalibrierung von Integration in (trans-)staatlichen Bezügen“ (Rauer, Langenohl 2011: 99). Die öffentliche Debatte, die folgte, sehen sie als Ausdruck des Irritationspotentials, das transnationale Konstellationen in sich bergen. Auch sie betonen, dass der eigentliche Streitpunkt der polarisierten Debatte die Frage war, wie nationale Zugehörigkeit bestimmt werden soll, genauer: inwieweit die Teilhabe zu der kollektiven Identität ‚deutsch‘ in Bezug auf die Vorstellung einer kulturellen oder ethnischen Homogenität des Nationalstaates definiert werden soll.

Die Konflikthaftigkeit kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass dem Diskursstrang eine gemeinsame Wissensordnung zugrunde liegt und dass die Fokussierung auf den Islam und die Kategorie ‚Religion‘ im Integrationsdiskurs von keiner Seite hinterfragt wurde. Bevor im Folgenden diese Wissensordnung rekonstruiert wird, wird anhand eines Artikels eine typische Strategie der Grenzziehung zwischen Deutschland und Islam vorgestellt, nämlich die Kulturalisierung des Grundgesetzes. Andere Kritiken warfen beispielsweise Wulff vor, die Überfremdungsängste eines Großteils der Deutschen zu ignorieren.

Kulturalisierung des Grundgesetzes

Der Kommentar „Unser Islam?“ (Greiner 2010) von Ulrich Greiner erschien in der Zeit-Ausgabe vom 7. Oktober mit dem Untertitel: „Christian Wulff wagt eine große Geste in aufgeheizter Zeit. Aber noch gehört der Islam nicht zur deutschen Kultur“. Der Autor verneint darin die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland und fordert die Aufrechterhaltung einer Differenz. Zugleich wertet er die Intention Wulffs positiv („große Geste“). Das „hochherzige Motiv der Rede“ sei es gewesen, sich der Islamfeindlichkeit entgegen zu stellen. Wie bei vielen Äußerungen von Politiker/-innen wird eine Interpretationsbedürftigkeit der Aussage Wulffs herausgestellt. Greiner unterscheidet eine mögliche „deskriptive“ Deutung, wonach die Aussage die selbstverständliche Feststellung meine, dass es den Islam in Deutschland gebe, von einer „normativen“. Im zweiten Fall würde der Islam als Teil der deutschen Kultur verstan-

den, womit „auf ungute Weise die Unterschiede verwischt“ werden. Damit wird eine für den Diskursstrang typische Trennung zwischen sozialen Tatsachen, nämlich die Anwesenheit von Muslimen in Deutschland, und einer „kulturell-religiösen [...] Tiefendimension“ (Rauer, Langenohl 2011: 89) vollzogen, wobei letztere entscheidend für die Frage der Zugehörigkeit des Islams sei.

Der Autor argumentiert, dass, falls der Islam zugehörig wäre, „wir nicht mehr in gewohnter Weise von der christlich-jüdischen Kultur, aus deren langer Tradition wir kommen, sprechen dürften“. Damit setzt er mittels des Ausdrucks „in gewohnter Weise“ nicht nur die, auch von Wulff angewandte, Identifizierung der deutschen Kultur als christlich-jüdisch in den Bereich des Selbstverständlichen. Durch das Verb „kommen“ wird zudem eine gemeinsame kulturhistorische Bewegung postuliert, die „wir“ durchgemacht haben, um zu dem zu werden, was „wir“ seien. Ein gemeinsamer kultureller Abstammungsglaube dient hier also als Grundlage einer nationalen, kulturellen Identität ‚deutsch‘. Der Autor begründet die Identifizierung der deutschen Kultur als jüdisch-christlich mit einer kulturhistorischen Herleitung der beiden Werte des Grundgesetzes Trennung von Kirche und Staat sowie Menschenwürde. Ersteres sei ursächlich auf Judentum, Christentum sowie die Reformation zurückzuführen, während die Ursprünge der Menschenwürde und des mit ihr zusammenhängende Individualismus in der Philosophie der Antike zu suchen seien. Dem Islam und seinen Anhänger/-innen seien diese Werte jedoch im Wesentlichen fremd.

Dabei wird zum einen die Entstehung der deutschen Verfassung als teleologischer Prozess dargestellt, in welchem der Säkularismus als notwendiges Ergebnis des Juden- und Christentums gesehen wird und nicht etwa als konfliktreicher Prozess. Zum anderen nimmt die Argumentation eine Kulturalisierung des Grundgesetzes in zweifacher Weise vor: Dieses sei das Ergebnis von (christlich-jüdischer) Kultur und zugleich die inhaltliche Bestimmung der (deutschen) Kultur. Diese kulturhistorische Argumentation erlaubt es Greiner den Islam von der Zugehörigkeit zu Deutschland auszuschließen, und zugleich die Aussage Wulffs als eine positiv gewertete Geste gegen Islamfeindlichkeit in der öffentlichen Debatte zu interpretieren.

Phänomenstruktur des Diskursstranges

Die normativ-politisch polarisierten Äußerungen über das gemeinsame Thema des Diskursstranges sind einer gemeinsamen Wissensordnung unterworfen, welche im Folgenden als Phänomenstruktur zusammengefasst und strukturiert werden. Das Thema bzw. Phänomen des Diskursstranges ist die Aussage Wulffs: ‚Der Islam gehört zu Deutschland‘. Die Struktur besteht in den Dimensionen, derer sich die diskursiven Äußerungen bedienen, um entweder für oder wider die Aussage zu argumentieren, und die so spezifische Argumentationsstrategien bilden. Nicht jede Dimension muss in einer Argumentationsstrategie oder einem Diskursfragment angesprochen werden.

Es wurden sieben Dimensionen identifiziert. Die diversen Grenzziehungen, die Definitionen und Assoziationen des Islam und die Konstruktion kollektiver Identitäten ziehen sich quer durch die Phänomenstruktur und treten durch die inhaltliche Bestimmung der Dimensionen und durch die Beziehung der Dimensionen zueinander auf.

Dimensionen der Phänomenstruktur

- (1) *Deutung der Aussage* (Zustandsbeschreibung vs. performativer Akt, ‚Geste‘)
- (2) *Subjekt* (Wulff als Präsident)
- (3) *Grad der Interpretationsbedürftigkeit* (banal versus komplex)

- (4) *Geltungsbereich der Aussage* (Kultur versus Gesellschaft)
- (5) *Zeit* (Kulturhistorische Narrative)
- (6) *Kollektive Emotionen* (deutsche Gefühle – muslimische Gefühle)
- (7) *Wertgegensatz* (Rückständigkeit vs. Modernität)

Die erste Dimension verweist darauf, dass die Aussage ‚Der Islam gehört zu Deutschland‘ entweder als eine Zustandsbeschreibung gedeutet werden kann, der man zustimmt oder nicht zustimmt, oder als ein performativer Akt, als eine ‚Geste‘, die man gutheißt oder nicht. Ein Diskursfragment kann auch beide Deutungen vornehmen und zu je unterschiedlichen Wertungen der Aussage kommen, wie dies der vorgestellte *Zeit*-Artikel tut. Im ersten Fall wird die Aussage bejaht, wenn sie zugleich als nicht-interpretationsbedürftig und damit evident gesehen wird (Dimension 3). In dem Fall gehört der Islam zu Deutschland „wie der Schneefall zum Wetter“⁴. Wenn die Aussage jedoch als interpretationsbedürftig dargestellt wird, kann die Zustandsbeschreibung als falsch gewertet werden; indem beispielsweise betont wird, komplexe kulturhistorische Zusammenhänge (Dimension 5) blieben unbeachtet, die gegen die Zugehörigkeit des Islams sprechen. Die Aussage Wulffs kann aber auch als performativer Akt gedeutet werden. Diese kann als ‚positives Signal‘ oder ‚Geste‘ an die Muslime begrüßt werden oder als ‚Anbiederung‘ (FAZ) bzw. als ‚Hofieren‘ (*Bild*) abgelehnt werden. Bei den beiden Beispielen erscheint der Islam als Subjekt, das dem Subjekt Wulff gegenübergestellt wird, während ‚Kapitulation‘ (FAZ) eine kulturkämpferische Konnotation hat, die den Islam als Masse verbildlicht.

Die *zweite* Dimension bezieht sich auf die Deutung des Subjekts Wulff in seiner sozialen Rolle als Bundespräsident. Entweder er wird als ‚Held‘ konzipiert, der seine Amtspflichten erfüllt, indem er beispielsweise den Muslimen ein ‚positives Signal‘ sendet (Dimension 1). Wenn die Aussage als performativer Akt begrüßt wird, als Zustandsbeschreibung aber abgelehnt wird, wie bei dem vorgestellten *Zeit*-Artikel, wird Wulff zum ‚tragischen Helden‘, der Gutes im Sinn hat, aber einen Fehler begeht. Wenn die Aussage als performativer Akt abgelehnt wird, Wulff sich zum Beispiel ‚anbiedert‘, wird er zum ‚Anti-Helden‘, der seinem Amt nicht gerecht wird, das heißt er nicht Präsident ‚der Deutschen‘ ist, da er die Ängste der Deutschen ignoriert (Dimension 6).

Die *dritte* Dimension bezieht sich darauf, dass in den Diskursfragmenten die Aussage entweder als interpretationsbedürftig oder nicht-interpretationsbedürftig behauptet wird, das heißt der benannte Sachverhalt entweder komplex oder banal ist. Diese antagonistische Bestimmung entspricht zumeist der Polarisierung in Zustimmung und Ablehnung der Aussage: Wenn die Interpretationsbedürftigkeit der Aussage hervorgehoben wird, ist dies immer mit einer Kritik derselben und mindestens mit einer Einschränkung deren Wahrheitsgehalts verbunden. Wenn die Aussage so verstanden wird, dass sie auf einen banalen Sachverhalt verweist, meint dies eine Bejahung der Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland.

Die *vierte* Dimension entspricht dem, was in Anschluss an Rauer und Langenohl als Trennung von Gesellschaft und Kultur bezeichnet wird. Im Diskursstrang verweist die Aussage Wulffs auf die gesellschaftliche Realität oder auf eine kulturelle Tiefendimension. Im ersten Fall kann die Aussage bejaht werden, wenn sie zugleich als Zustandsbeschreibung (Dimension 1) und als nicht-interpretationsbedürftig (Dimension 3) verstanden wird. So wurde häufig mit einem bloßen Verweis auf die hohe Zahl von Muslimen in der deutschen Gesellschaft die Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland begründet. Die Aussage Wulffs kann verneint werden, wenn sie als performativer Akt (‚Anbiederung‘, ‚Hofieren‘) abgelehnt wird. In diesem Fall ist die Gesellschaft in Minderheit (Muslime) und Mehrheit (Deutsche) geteilt, wobei sich letztere ‚bedrängt‘ fühlt (Dimension 6). Wenn als Geltungsbereich der Aussage die

⁴ SZ-5 [Die neue Deutsche Frage].

Kultur benannt wird, ist die Frage der Zugehörigkeit des Islams von seinen historischen Leistungen für ‚unsere‘ Kultur abhängig. Das hat zur Folge, dass eine kulturhistorische Narration Verwendung findet (Dimension 5), um für oder gegen den Wahrheitsgehalt der Aussage zu argumentieren.

Die *fünfte* Dimension meint die kulturhistorischen Argumentationsstrategien, die eine Bestimmung des Geltungsbereichs der Wulff-Aussage auf Kultur (Dimension 4) voraussetzt. Der untersuchte *Zeit*-Artikel ist hier typisch für eine solche Argumentation gegen die Aussage. Hier findet eine Kulturalisierung des Grundgesetzes statt, dessen Werte wie Aufklärung und Säkularismus erstens das Ergebnis eines historischen Prozesses, der geprägt ist von einer christlich-jüdischen Tradition, sind und zweitens mit ‚unserer‘ deutschen, europäischen oder westlichen Kultur gleichgesetzt werden. Wenn der Islam nichts zu diesem Prozess beigetragen hat, ist er nicht zugehörig. Argumentationsstrategien für die Aussage übernehmen dieses Narrativ, betonen aber die historischen Einflüsse des Islam auf ‚unsere‘ Kultur, bestimmt vor allem durch die Erhaltung antiker-philosophischer Schriften im islamisch beherrschten Spanien. Daraufhin kann jedoch kulturevolutionistisch betont werden, dass der Islam einstmal (im Mittelalter) fortschrittlich (Dimension 7) gewesen ist, jedoch kulturhistorisch seit der Aufklärung stehen geblieben und nun als rückständig zu bewerten sei. Zum Beispiel wird Ralph Giordano in der *Welt* mit dem Diktum zitiert: „Hier stoßen [...] zwei grundverschiedene Kulturkreise aufeinander, und das in sehr unterschiedlichen Entwicklungsstadien“ (Giordano 2010). Und weiter: „Der islamische Kulturkreis, der nach zivilisatorischen Glanzzeiten, die das Abendland nur beschämen konnten [...] [hat eine] patriarchalisch-archaische Stagnation zu verzeichnen“ (Giordano 2010). Eine kulturhistorische Narration kann auch genutzt werden, um die Kritik an der Aussage Wulffs zu delegitimieren. Die Modernisierung hat grundsätzliche Ängste vor Traditionsverlust und Überfremdung produziert (Dimension 6), die bei einigen Deutschen bis heute existieren; die Ablehnung der Zugehörigkeit des Islams erscheint damit nur als Ausdruck von Irrationalität.

Die *sechste* Dimension bezieht sich auf in dem Diskursstrang behaupteten kollektiven Emotionen. In einigen untersuchten Artikeln wurden Deutschen (oder Teilen davon) Überfremdungsangst attestiert, die zu einer Ablehnung der Aussage Wulffs bei diesen führt. Im Diskursstrang finden sich aber auch Konstruktionen von Emotionen ‚der Muslime‘, die mit einer grenzziehenden kulturhistorischen Argumentation (Dimension 5) und der Unterscheidung *rückständig – modern* (Dimension 7) verbunden sind. So werden den Muslimen in einem Diskursfragment „Überlegenheitsgefühle“ in Verbindung mit „Minderwertigkeitskomplexen“ bescheinigt. Erstere haben sich durch die zivilisatorische Überlegenheit gegenüber den Europäern im Mittelalter gebildet, nach den Erfahrungen der Kolonialisierung und damit der Unterlegenheit jedoch mit den Zweiten gemischt.

Die *siebte* Dimension bezieht sich auf die in der untersuchten Debatte wertende Unterscheidung zwischen Rückständigkeit und Modernität. Die Dimension ist häufig mit einem kulturhistorischen Narrativ verbunden (Dimension 5). Die Verbindung von Islam und Rückständigkeit ist ein wiederkehrendes Motiv der medialen Islamdiskurse. Wesentliche Bestandteile sind die Assoziationen des Islam mit Geschlechterungerechtigkeit, Demokratieverne und Untrennbarkeit von Politik und Religion. Wie bei der oben zitierten Äußerung Ralph Giordanos wird mit der Rückständigkeit durch ‚negative Spiegelung‘ im Sinne des Orientalismus zugleich die ‚eigene‘ Kultur als modern markiert. Da die Rückständigkeit in dieser Dimension fester, a priori gesetzter, Bestandteil des Islambildes ist, muss sie nicht durch eine kulturhistorische Argumentation untermauert werden. Es genügt die Markierung des Islams als rückständig, um seine Zugehörigkeit zu Deutschland abzulehnen. Die Unterscheidung *Rückständigkeit – Modernität* findet sich aber auch in umgekehrten Argumentationen, die sich gegen die Kritik an Wulff richten. Hier sind es die Kritiker, die rückständig sind und die moderne pluralistische Realität nicht akzeptieren wollen.

Schlussbemerkungen

Die öffentliche Debatte um die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland im Oktober 2010 ist Teil eines öffentlichen Diskurses, welcher Fragen nach nationaler Zugehörigkeit vor allem in Bezug auf den Islam verhandelt. Dabei kommt es zu einer homogenisierenden neoethnischen Verwendung der Kategorie ‚muslimisch‘, die auf Basis einer unterstellten gemeinsamen Herkunft aus der islamischen Welt die Gruppe ‚Muslime‘ konstruiert. Die Frage ‚Gehört der Islam zu Deutschland?‘ ist im medialen und politischen Diskurs weiterhin ungeklärt und kehrt dort immer wieder zurück. Die hier präsentierte Phänomenstruktur, welche den gemeinsamen Sagbarkeitsraum der normativ polarisierenden Aussagen des untersuchten Diskursstranges rekonstruiert, kann deshalb durch Vergleiche mit anderen Diskurssträngen zum Verständnis des weiteren Verlaufes des deutschen Islamdiskurses und von diskursiven Grenzziehungen entlang nationaler und kultureller Zugehörigkeit beitragen.

Literatur

- Ata, M. 2011: Der Mohammed-Karikaturenstreit in den deutschen und türkischen Medien. Wiesbaden: Springer VS.
- Foucault, M. 1997: Archäologie des Wissens. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.
- Giordano, R. 2010: Sehr geehrter Herr Bundespräsident. Die Welt, 13. Oktober 2010, 3.
- Göktürk, D., Gramling, D., Kaes, A., Langenohl, A. 2011: Transit Deutschland. Debatten zu Nation und Migration. Paderborn: Konstanz University Press.
- Greiner, U.: Unser Islam? Christian Wulff wagt eine große Geste in aufgeheizter Zeit. Aber noch gehört der Islam nicht zur deutschen Kultur. Die Zeit, 7. Oktober 2010, Nr. 41, <http://www.zeit.de/2010/41/01-Islam-Deutschland-Bundespraesident> (letzter Aufruf 12. September 2016).
- Hafez, K. 1996: Das Islambild der deutschen Öffentlichkeit, Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte, Jg. 43, Heft 5, 426–432.
- Hafez, K. 1997: Öffentlichkeitsbilder des Islam. Kultur- und rassismustheoretische Grundlagen ihrer politikwissenschaftlichen Erforschung. In A. Disselnkötter, S. Jäger, H. Kellerhorn, S. Slobodzian (Hg.), Evidenzen im Fluss. Demokratieverluste in Deutschland. Duisburg: DISS, 188–204.
- Hafez, K. 2002a: Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung. Band 1. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Gesellschaft.
- Hafez, K. 2002b: Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung. Band 2. Baden-Baden: Nomos-Verlag-Gesellschaft.
- Hafez, K. 2009: Mediengesellschaft – Wissensgesellschaft? Gesellschaftliche Entstehungsbedingungen des Islambildes deutscher Medien. In T. Schneiders (Hg.), Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: Springer VS.
- Hafez, K., Richter, C. 2007: Das Islambild von ARD und ZDF. Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 26–27, 40–46.
- Hahn, A. 1997: „Partizipative“ Identitäten. In B. Ladwig, H. Münkler (Hg.), Furcht und Faszination. Facetten der Fremdheit. Berlin: Akademie-Verlag, 115–158.
- Halm, D. 2008: Der Islam als Diskursfeld. Bilder des Islams in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.
- Hergouth, R. 2016: Islamdiskurse im Schatten von Charlie Hebdo. Ein Dreiländervergleich von 'Bild', 'Kronen Zeitung' und 'Blick'. Medien-Journal, 39. Jg., Heft 4, 19–36.

- Huntington, S. 2002: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München: Goldmann.
- Jäger, S. 2007: Der Karikaturenstreit im "Rechts-Mitte-Links"-Diskurs deutscher Print-Medien. In S. Jäger, D. Halm (Hg.), Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis. Münster: Unrast (Edition DISS, 13), 51–103.
- Jäger, S. 2010: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs und Dispositivanalyse. In R. Keller (Hg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: Springer VS, 91–124.
- Jäger, S. 2012: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast.
- Karis, T. 2013: Mediendiskurs Islam. Narrative in der Berichterstattung der Tagesthemen 1979–2010. Wiesbaden: Springer VS.
- Keller, R. 2011: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: Springer VS.
- Pautz, H. 2005: The politics of identity in Germany. The Leitkultur debate. Race Class, Heft 46, 39–52.
- Rauer, V., Langenohl, A. 2011: Rede an die Transnation. Eine Analyse der öffentlichen Reaktionen auf die Reden von Erdogan und Wulff in Deutschland. Sociologia Internationalis, Band 49, Heft 1, 69–120.
- Roy, O. 2006: Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Said, E. 2003: Orientalismus. Frankfurt am Main: Ullstein.
- Said, E. 1981: Covering Islam. How the media and the experts determine how we see the rest of the world. New York: Pantheon Books.
- Sarrazin, T. 2010: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: DVA.
- Schiffer, S. 2005: Die Darstellung des Islams in der Presse. Sprache, Bilder, Suggestionen. Würzburg: Ergon.
- Spielhaus, R. 2010: Media making Muslims. The construction of a Muslim community in Germany through media debate. Contemporary Islam, Heft 4 (2010), 11–27.
- Wulff, C. 2010: Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern. Rede von Bundespräsident Christian Wulff zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 in Bremen, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html (letzter Aufruf 12. September 2016).